



Hugo Preuß Verfassungsvater und Verfechter des demokratischen „Volksstaats“

Eine didaktische Handreichung für den Unterricht

In Kooperation erarbeitet von

Kevin Leutner

und der

1. Biographische Recherche

Hugo Preuß (1860–1925) – Ein Kopf der Demokratie

Informiere dich auf der Seite <https://www.demokratie-geschichte.de/koepe/2265> den Sachtext (A) über Hugo Preuß. Verwende dafür die folgende Tabelle:



sowie über

Person	
Stellung	
Motiv des Engagements	
Ziel des Engagements	
Formen des Engagements	
Ergebnis des Engagements	
Beurteilung der persönlichen Leistung	
Offene Fragen	
Beurteilung des Angebots auf der Seite	

A) Biographische Informationen zu Hugo Preuß (1860–1925)

Der am 28. Oktober 1860 geborene Hugo Preuß war der einzige Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie aus Berlin. In seiner Heimatstadt sowie in Heidelberg studierte er von 1879 bis 1883 die Rechtswissenschaften. Seine jüdische Herkunft sollte sich als Hindernis für seine berufliche Karriere herausstellen. Nach seiner Promotion in Göttingen zum Dr. iur. im Jahre 1883 und Habilitation von 1889 in Berlin blieb ihm eine
5 ordentliche Professur vorerst versagt, da dies ausschließlich Getauften vorbehalten war. So arbeitete er lange Zeit als Privatdozent für öffentliches Recht an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin. Der Schritt zum Professor wurde 1906 mit seiner Berufung an die neu gegründete Berliner Handelshochschule nachgeholt, welcher er ab 1918 als Rektor vorstand. Aus dieser Zeit stammt auch seine wohl bekannteste Schrift „Das deutsche Volk und die Politik“ (1915). In dieser setzt sich Preuß für die Umgestaltung
10 Deutschlands vom „überalterten Obrigkeitsstaat“ der Monarchie hin zum freiheitlichen „Volksstaat“ der Republik ein.

Seine (links)liberale Einstellung führte ihn 1918 als Gründungsmitglied in die Reihen der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Am 15. November 1918 wurde er vom Vorsitzenden des Rates der
15 Volksbeauftragten Friedrich Ebert (SPD) zum Staatssekretär im Reichsamt des Innern berufen. Im gleichen Atemzug erhielt er von der Übergangsregierung den Auftrag, eine neue Reichsverfassung zu entwerfen. Sein maßgeblicher Einfluss auf das Verfassungswerk brachte ihm schließlich den Beinamen „Vater der Verfassung“ ein. Von Februar bis Juni 1919 gehörte er als Innenminister der ersten deutschen Reichsregierung aus SPD, DDP und Zentrumsparterie unter Ministerpräsident Philipp Scheidemann (SPD) an.
20 Nach seinem Ausscheiden aus der Reichsregierung war er in den Jahren 1919/1920 in der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung tätig. Anschließend engagierte er sich bis zu seinem Tod am 09. Oktober 1925 im preußischen Landtag.

[Quelle: Kevin Leutner]

2. Fragen und Arbeitsaufträge

Basisniveau

M1) Rede von Hugo Preuß vor der Nationalversammlung, Februar 1919

- 1) Nenne alle Rechte und Aufgaben des Reichspräsidenten, die Hugo Preuß in seiner Rede auflistet.
- 2) Erläutere, warum es für Hugo Preuß unmöglich erscheint, den neu zu schaffenden deutschen Staat nach amerikanischem Vorbild den Namen „Vereinigte Staaten von Deutschland“ zu geben.
- 3) Erläutere, welche Funktion Preuß in seiner Rede dem Parlament zuschreibt.
- 4a) Erläutere ein selbstgewähltes Schaubild der Weimarer Reichsverfassung (Lehrbuch, Internet), z. B. nach folgenden Fragen: Wer darf überhaupt wählen? In welchen Abständen finden Wahlen von welchen Instanzen statt? Welche Instanzen der Verfassung sind Inhaber der Legislative, der Exekutive und der Judikative? Welche Verbindungen/Verzweigungen gibt es zwischen den drei Staatsgewalten?
- 4b) Forche selbstständig nach Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der von Hugo Preuß entworfenen Weimarer Reichsverfassung und unserem heutigen Grundgesetz. Nutze für Deinen Vergleich einschlägige Kriterien, wie z. B. Machtposition des Präsidenten, Machtposition des Kanzlers, Stellenwert der Grundrechte und der Parteien, Wahlrecht.

M2) Beitrag von Hugo Preuß im „Berliner Tagblatt“, November 1918

- 1a) Nenne alle Merkmale, mit denen Hugo Preuß den „alten Obrigkeitsstaat“ beschreibt.
- 1b) Arbeite die Kritikpunkte heraus, die Hugo Preuß an der aktuellen Regierung äußert sowie seine daraus resultierenden Forderungen.
- 1c) Erläutere die von Hugo Preuß geäußerte Angst einer „Bolschewisierung“ Deutschlands.
- 2) Rufe folgende Website auf:



– <https://www.demokratie-geschichte.de/koepfe/2265>

Bewerte, ausgehend von den Materialien der Website, das Engagement und das Lebenswerk von Hugo Preuß für die Demokratie. Orientiere dich an folgenden Leitfragen:

- In welchem Verhältnis siehst Du das Engagement und Lebenswerk von Hugo Preuß im Vergleich zu anderen tragenden Persönlichkeiten der deutschen Verfassungsgeschichte?
 - Gibt es Deiner Meinung nach Personen, die in Bezug auf die deutsche Verfassungsgeschichte stärker hervorgehoben werden sollten als Hugo Preuß?
 - Welchen Stellenwert hat Hugo Preuß für unser heutiges Demokratiebewusstsein?
- 3) Überlege Dir, welche Fragen noch offen sind.

Erhöhtes Niveau

M1) Rede von Hugo Preuß vor der Nationalversammlung, Februar 1919

1) Erläutern Sie vor dem Hintergrund der Rede von Hugo Preuß die Machtstellung eines Reichskanzlers in der Weimarer Republik. Beziehen Sie sich bei Ihren Ausführungen auch auf die Textstelle: „Gerade der unmittelbare Einfluss, den das Parlament aufgrund des parlamentarischen Systems auf Regierung und Verwaltung ausübt, gibt dem Parlament selbst sein frisches politisches Leben, gibt die Auslese der politischen Führer durch das Parlament.“

2) Hugo Preuß spricht in seiner Rede von einem „Gleichgewicht der Gewalten“. Beurteilen Sie, ob dieses tatsächlich in der Weimarer Reichsverfassung verankert war.

3) Entwickeln Sie einen Querschnitt zur deutschen Verfassungsgeschichte (1849, 1871, 1919, 1949) nach folgenden Kriterien:

- Staatsform
- Staatsoberhaupt
- Wahlrecht
- Machtstellung der Regierung
- Befugnisse des Parlaments

4) Erörtern Sie folgende These: Die Weimarer Reichsverfassung besaß eine Reihe schwerwiegender Konstruktionsfehler, an denen die Weimarer Republik letztendlich gescheitert ist. Insbesondere empfiehlt sich Lektüre der Beiträge von Brigitte Zypries (S. 17–26), Christoph Gusy (S. 27–50) und Michael Dreyer (S. 161–190) im Werk „Die Weimarer Verfassung – Wert und Wirkung für die Demokratie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Beiträge lassen sich unter folgender Adresse abrufen:



– <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/erfurt/06868.pdf>

M2) Beitrag von Hugo Preuß im „Berliner Tagblatt“, November 1918

1) Erläutern Sie ausgewählte Aussagen von Hugo Preuß im Berliner Tageblatt vor dem Hintergrund des historischen Kontextes. Beachten Sie insbesondere den Zeitpunkt der Publikation und die zu diesem Zeitpunkt vorherrschende politische Situation.

2a) Setzen Sie sich mit selbstgewählten Aspekten in der Geschichte der Weimarer Republik auseinander. Untersuchungsschwerpunkte können hierfür sein:

- Wahlsystem
- Sozialstruktur
- politische und gesellschaftliche Stellung der Frau
- Einkommensentwicklung
- Justizentscheidungen
- Phase der Präsidialkabinette

2b) Beurteilen Sie vor diesem Hintergrund, ob der von Hugo Preuß erdachte „Volksstaat“ jemals Realität wurde.

M3) Karikatur aus der Zeitschrift „Widerstand“, März 1932

1) Nehmen Sie eine Interpretation der Karikatur vor. Arbeiten Sie dazu die folgenden Teilaufgaben ab:

1a) Beschreiben Sie die Karikatur. Orientieren Sie sich an folgenden Leitfragen:

- Was ist auf dem Bild zu sehen?
- Welche Personen, Gegenstände usw. sind dargestellt?
- Welche künstlerischen Mittel wurden an welchen Stellen verwendet?

1b) Deuten Sie die einzelnen Bestandteile/Symbole der Karikatur. Orientieren Sie sich an folgende Leitfrage: Welche Bedeutung ist den einzelnen Elementen der Karikatur aufgrund der Art ihrer Darstellung zuzuschreiben?

1c) Ordnen Sie die Karikatur in den historischen Kontext der Auflösungsphase der Weimarer Republik (1929/30–1933) ein.

1d) Stellen Sie begründet die Aussage der Karikatur heraus. Orientieren Sie sich an folgenden Leitfragen:

- Welche Botschaft oder Kritik möchte der Karikaturist vermitteln?
- Auf welche Art und Weise versucht er dies in der Karikatur?

2) Fassen Sie zusammen, welchen Charakter der Karikaturist der Weimarer Reichsverfassung und Hugo Preuß verleiht.

3) Überlegen Sie, welche Fragen noch offen sind.

3. Digitale Auswertung

Überprüfe, welche der folgenden Aussagen die Rede von Hugo Preuß (M1) enthält.

<p>1) Die große Euphorie welches historischen Ereignisses der deutschen Demokratiegeschichte vermisst Hugo Preuß in Bezug auf das Verfassungswerk der Weimarer Nationalversammlung?</p>	<p>a) Die Publikation des „Kommunistischen Manifests“ von Karl Marx und Friedrich Engels</p> <p>b) Ausrufung des Deutschen Kaiserreiches im Spiegelsaal von Versailles</p> <p>c) Beginn der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche</p> <p>d) Verhandlungsrunden des Wiener Kongresses</p>
<p>2) Was ist für Hugo Preuß der zentrale Leitgedanke der Weimarer Reichsverfassung?</p>	<p>a) Volkssouveränität</p> <p>b) Fürsteherrschaft</p> <p>c) Föderalismus</p> <p>d) Gewaltenteilung</p>
<p>3) Welche beiden Instanzen der Weimarer Reichsverfassung meint Hugo Preuß, wenn er von einem „Gleichgewicht der Gewalten“ spricht?</p>	<p>a) Volk und Reichspräsident</p> <p>b) Reichstag und Reichsgericht</p> <p>c) Reichstag und Reichspräsident</p> <p>d) Reichsrat und Reichstag</p>

Überprüfe, welche der folgenden Aussagen der Beitrag von Hugo Preuß im Berliner Tagblatt (M2) enthält.

<p>1) Von welcher Revolution „von so ungeheuerlicher Bedeutung“ ist in dem Beitrag von Hugo Preuß die Rede?</p>	<p>a) Februarrevolution b) Märzrevolution c) Oktoberrevolution d) Novemberrevolution</p>
<p>2) Vor der Wahl zwischen welchen beiden „politischen Systemen“ sieht Hugo Preuß das Deutschland seiner Zeit?</p>	<p>a) Monarchie oder Demokratie b) Monarchie oder Bolschewismus c) Demokratie oder Bolschewismus d) Demokratie oder Aristokratie</p>
<p>3) Welche der folgenden Formulierungen gibt die Gedanken von Hugo Preuß zum sogenannten „Volksstaat“ wieder.</p>	<p>a) Unter dem deutschen Volksstaat versteht Hugo Preuß einen einheitlichen Nationalstaat, der auf der Gleichheit aller Bürger basiert, bei denen die Staatsgewalt – also die Macht im Staat – liegt.</p> <p>b) Der deutsche Volksstaat ist ein historisch gewachsenes Gebilde, das aufgrund der sehr langen monarchischen Tradition in Deutschland einen König an der Spitze hat, der an eine Verfassung gebunden ist.</p> <p>c) Der deutsche Volksstaat ist eine Idee von Hugo Preuß, bei der das Proletariat die Macht hat.</p> <p>d) Der deutsche Volksstaat strebt nach einer Zusammenführung aller deutschsprachigen Gebiete in einem einheitlichen Deutschen Reich.</p>

4. Schriftliche Quellen

M1) Rede von Hugo Preuß vor der Nationalversammlung, Februar 1919

Die folgenden Auszüge der Rede von Hugo Preuß stammen vom 24.02.1919. In dieser Rede begründet Preuß vor der Nationalversammlung seinen zweiten Entwurf der Weimarer Verfassung, welchen er wenige Tage zuvor eingereicht hatte.

5 „Als ich vor zwei Wochen hier die vorläufige Verfassung einzuführen die Ehre hatte, da war ich mir selber keineswegs sicher, dass ich schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit in der Lage sein würde, den Entwurf der endgültigen Verfassung [...] dem hohen Haus vorlegen zu können. [...] Es ist richtig: man vermisst – und nicht mit Unrecht, namentlich wenn man den augenblicklichen Zustand vergleicht etwa mit der Stimmung, wie sie in den Anfangstagen der Paulskirche¹ zu Frankfurt am Main herrschte – den großen Schwung der Stimmung, aber übersehen wir doch darum nicht eine Hauptsache: es ist hier in zweimal 24 Stunden die vorläufige Verfassung zustande gebracht worden, etwas, was wir in der deutschen Geschichte noch nicht erlebt haben. [...]

10 Das deutsche Volk zur sich selbst bestimmenden Nation zu bilden, zum ersten Mal in der deutschen Geschichte den Grundsatz zu verwirklichen: die Staatsgewalt² liegt beim Volke, - das ist der Leitgedanke der freistaatlichen deutschen Verfassung von Weimar. [...] Nicht ein ‚Bund der Fürsten‘ selbstverständlich, aber auch nicht ein ‚Bund der Gliedstaaten‘³ ist der Ausgangspunkt für die neue Verfassung, sondern die Selbstorganisation des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit. Schon daraus, meine Herren, ergibt sich die Unmöglichkeit, [...] einem Wunsche nachzugeben, der vielfach in der Öffentlichkeit geäußert worden ist, dem neuen Staate [...] den Namen der ‚Vereinigten Staaten von Deutschland‘ zu geben. Nach den
15 besonderen Ereignissen und Entwicklungsbedingungen unserer Geschichte würde dies gegenüber dem im Reiche schon Erreichten einen Rückschritt darstellen. Man mag mancherlei Gründe dafür anführen, die diesem Namen zugute kommen würden: aber er würde zweifellos in seiner ganzen Bedeutung einen partikularistischen Rückschritt gegenüber dem Bestehenden darstellen. [...]

20 Neben den Reichstag stellt der Verfassungsentwurf als zweites, unmittelbar aus Volkswahlen hervorgehendes Organ den Reichspräsidenten [...]. Dass an die Spitze eines 70-Millionen-Reichs ein Präsident treten muss, glaube ich, wird längerer Begründung nicht bedürfen [...]. Ich [...] habe nur zu

¹ Am 18. Mai 1848 versammelten sich in der Frankfurter Paulskirche die gewählten Vertreter zur Nationalversammlung. Das sogenannte „Paulskirchenparlament“ hatte die Aufgaben, einen Nationalstaat und eine Verfassung für alle Deutschen zu schaffen. Das Vorhaben der Nationalversammlung scheiterte u. a. daran, dass der preußische König Friedrich Wilhelm IV., der von der Nationalversammlung als neues Staatsoberhaupt gewählt wurde, die Krone eines deutschen Kaisers aus der Hand des Volkes ablehnte.

² Derjenige, der die „Staatsgewalt“ innehat, übt die höchste Macht innerhalb eines Staates aus.

³ Preuß negiert an dieser Stelle die Vorstellung eines Staates, in welchem die Einzel- bzw. Teilstaaten des Reichs große Teile der Machtbefugnisse bei sich behalten. In einem solchen Fall würden dem übergeordneten Zentralstaat nur geringfügige Kompetenzen zustehen. Im weiteren Textverlauf bezeichnet Preuß ebendiesen Zustand als „partikularistischen Rückschritt“ (lat. *pars*, „Teil“).

erwähnen, dass es mir allerdings notwendig erscheint, neben das aus unmittelbaren, rein demokratischen Volkswahlen hervorgehende Parlament eine durch dieselbe demokratische Grundlage starke Präsidentengewalt zu stellen. (Sehr richtig!) Ich glaube auch, dass das parlamentarische System [...] ein solches Gleichgewicht der Gewalten verlangt und voraussetzt. [...]

Dem Präsidenten steht die Befugnis zu, den Reichstag aufzulösen, das heißt, ganz im demokratischen Sinne, vom Gewählten an die Wähler zu appellieren: Aber dem steht als Korrelat¹ gegenüber, dass auch der Reichstag das Recht hat, dem Präsidenten gegenüber von dem Gewählten an die Wähler zu appellieren. [...] Ich glaube, dass diese beiden Befugnisse sich gegenseitig ergänzen und jedenfalls nicht die eine ohne die andere aufrecht erhalten werden könnte. [...] Seine wichtigste staatsrechtliche Funktion ist die Bildung der Reichsregierung, für die der Entwurf zwar das Reichskanzleramt² wiederum vorsieht, aber doch in wesentlich veränderter Stellung: Nicht mehr als im Prinzip einziger, verantwortlicher Träger der Reichsregierung erscheint hier der Reichskanzler, sondern als Präsident des Reichsministeriums³. [...] Für die Minister ist zur Fortführung ihres Amtes das Vertrauen des Parlamentes notwendig. Sie müssen zurücktreten, wenn ihnen der Reichstag ihr Misstrauen ausspricht. [...] Gerade der unmittelbare Einfluss, den das Parlament aufgrund des parlamentarischen Systems auf Regierung und Verwaltung ausübt, gibt dem Parlament selbst sein frisches politisches Leben, gibt die Auslese der politischen Führer durch das Parlament. [...]

40 In Abweichung von der früheren deutschen Verfassung hat der Verfassungsentwurf in seinem zweiten Abschnitt auch wieder Grundrechte des deutschen Volkes aufgenommen.“

[Quelle: Bayerische Staatsbibliothek (Hrsg.): Verhandlungen der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte. Von der ersten Sitzung am 6. Februar 1919 bis zur 26. Sitzung am 12. März 1919, Bd. 326, Berlin 1920, hier: S. 284–292.]

⁴ In diesem Kontext ist der Begriff „Korrelat“ als Ausgleich zu verstehen.

⁵ „Reichskanzleramt“ oder auch „Reichskanzlei“ war eine Bezeichnung für die Behörde des Reichskanzlers, deren Aufgabe grundsätzlich in der Kommunikation mit den anderen Reichsministerien bestand.

⁶ Der Begriff „Präsident des Reichsministeriums“ bzw. „Reichsministerpräsident“ stammt aus dem „Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt“ vom 10. Februar 1919. Die übergeordnete Stellung des Reichskanzlers aus der Zeit des Deutschen Kaiserreichs wurde durch einen Präsidenten des Reichsministeriums ersetzt, der den anderen Ministern gleichrangig sein sollte. Durch das Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung am 14. August 1919 wurde die Position des Präsidenten des Reichsministeriums durch die des Reichskanzlers ersetzt.

M2) Beitrag von Hugo Preuß im „Berliner Tagblatt“, November 1918

Folgende Auszüge entstammen einem Beitrag von Hugo Preuß, der am 14.11.1918 im Berliner Tageblatt veröffentlicht wurde.

„Wenige Tage sind seit dem Sturz des alten Obrigkeitssystems in Deutschland erst verstrichen; dieser Umschwung hat sich bisher jedenfalls mit einer Ordnung vollzogen, die für eine Revolution von so ungeheuerlicher Bedeutung erstaunlich und wunderbar ist; und doch kann man schon immer zahlreicherer Stimmen hören, aus denen etwas wie Heimweh nach dem alten Obrigkeitsstaat spricht; und zwar auch von Soldaten, die bisher keineswegs seine Anhänger waren. Das ist psychologisch ebenso begreiflich, wie es politisch unsinnig ist. Denn die Überalterung des Obrigkeitsstaates war die Ursache seines Bankrotts und des gegenwärtigen Umsturzes; sie ist aber auch die Ursache, dass an seine Stelle noch keineswegs der Volksstaat getreten ist, sondern ein umgedrehtes Obrigkeitssystem. Im alten Obrigkeitssystem hatte der Bürger sehr wenig, im gegenwärtigen hat er absolut gar nichts zu sagen; mehr als je vorher ist im Augenblick das Volk in seiner Gesamtheit lediglich Objekt einer Regierung, [...] nur dass sich diese nicht auf ein Gottesgnadentum berufen, sondern auf eine genau ebenso unfassliche Volksgnade. Der Rechtstitel ist in einem wie im anderen Falle die Macht, oder vielmehr der Glaube an eine dahinterstehende überlegene Gewalt. Kurz, es ist ganz und gar der umgedrehte Obrigkeitsstaat.

Gewiss kann man dem „Bürgertum“ [...] entgegenhalten, dass es kein Recht habe, sich über die Ausschließung zu beklagen, weil seine politischen Unterlassungssünden [...] ein gerüttelt Maß der Schuld tragen an der Überalterung jenes Obrigkeitssystems und folglich an dem gegenwärtigen Zusammenbruch. Auch ist es unzweifelhaft, dass das Bürgertum und die alten politischen Parteien einen Umschwung, wie den eben erlebten, aus eigener Kraft niemals zustande gebracht hätten; und es ist daher begreiflich, wenn die Organisatoren der Revolution deren Früchte allein zu genießen wünschen. Aber diesem Wunsche steht die Tatsache entgegen, dass er nicht nur die Entwicklung politischer Freiheit, unter deren Losung doch der Umschwung vollzogen wurde, unmöglich macht, sondern auch das ganze Schicksal unseres schon so hart heimgesuchten deutschen Volkes dem Verderben preisgeben muss.

Ja, die sogenannte Politik der alten Parteien und ihre Führung war elend, genauso elend, wie die Politik und die Führung des alten Obrigkeitsstaates, mit dem sie in Wechselwirkung stand. Aber Schuld her, Schuld hin! Wer [...] lange Jahre hindurch diesen Standpunkt ungebeugt den alten Mächten gegenüber [...] zur Geltung zu bringen versucht hat, der wird nicht vor den neuen Machthabern schweigen, sondern ihnen zurufen: Ihr könnt dem geschlagenen deutschen Volke Erhebung, dem zerrütteten deutschen Staate neues Leben unmöglich unter Entrechtung seines Bürgertums, unmöglich im Zeichen des Klassenkampfes bringen. Die Absichten der gegenwärtigen Machthaber mögen die lautersten und reinsten sein; sie können doch der zwingenden Logik nicht entgehen, dass der Versuch, den deutschen Staat unter Zurückdrängung seines

Bürgertums zu konstituieren, in kurzer Frist unabwendbar zum bolschewistischen¹ Terror führen muss. Der gegenwärtige Zustand, dass zahlreiche bürgerliche Elemente die öffentlichen Geschäfte führen unter der Diktatur einer ihnen prinzipiell fremden Obrigkeit, mag im Augenblicke als Notbehelf unvermeidlich sein; aber er ist nur auf kürzeste Frist haltbar, wird sehr bald von der einen oder der anderen Seite als unerträglich empfunden werden. Wenn er bis dahin seine Lösung nicht in einer auf der Gleichberechtigung aller Volksgenossen ruhenden politisch-demokratischen Organisation gefunden hat, so gibt es keinen anderen Ausweg als rechtlose Gewalt und mit ihr völlige Zerrüttung des wirtschaftlichen Lebens. Auf solchen Wegen mag seine Ziele verfolgen, wer unter Zerstörung aller nationalen Gliederungen die allgemeine Zwangsherrschaft des internationalen Proletariats² herstellen zu können wähnt, niemals jedoch der, der aus dem großen Zusammenbruch den demokratischen deutschen Volksstaat retten will, dem sich auch die noch außenstehenden Glieder freiwillig und freudig anschließen sollen. Hier scheiden sich die Wege sofort und unbedingt. Hier handelt es sich um die Frage ‚östlicher oder westlicher Orientierung‘ in einem neuen verhängnissschweren Sinne. [...] Wollen wir jetzt stattdessen den Bolschewismus nachahmen, die negative Platte des russischen Zarismus? In epigrammatischer³ Zuspitzung, doch im Kerne treffend, schreibt eben jetzt Albert Thomas in der *Humanité*: ‚[...] entweder die aus der Französischen Revolution hervorgegangene und von der amerikanischen Republik weiter entwickelte Demokratie oder die brutalen Formen des russischen Fanatismus. Man muss wählen.‘

[...] Nicht Klassen und Gruppen, nicht Parteien und Stände in gegensätzlicher Isolierung, sondern nur das gesamte deutsche Volk, vertreten durch die aus völlig demokratischen Wahlen hervorgehende deutsche Nationalversammlung, kann den deutschen Volksstaat schaffen. Sie muss ihn baldigst schaffen, wenn nicht unsagbares Unheil unser armes Volk vollends verelenden soll. Gewiss muss eine moderne Demokratie vom Geiste eines kräftigen sozialen Fortschritts erfüllt sein, aber ihre politische Grundlage kann niemals der soziale Klassenkampf [bilden], [...] sondern nur die Einheit und Gleichheit aller Volksgenossen. Im Rahmen der zu schaffenden demokratischen Verfassung sind die unausbleiblichen sozialpolitischen Kämpfe der Zukunft friedlich auszutragen. Die Stellung der zu konstituierenden Nationalversammlung des deutschen Volksstaates ist zugleich die Stellung zu der Frage: Demokratie oder Bolschewismus.“

[Quelle: Hugo Preuß: Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat?, in: Hugo Preuß, Gesammelte Schriften. Bd. 4: Politik und Verfassung in der Weimarer Republik, hrsg. v. Detlef Lehnert, Tübingen 2008, S. 73–75.]

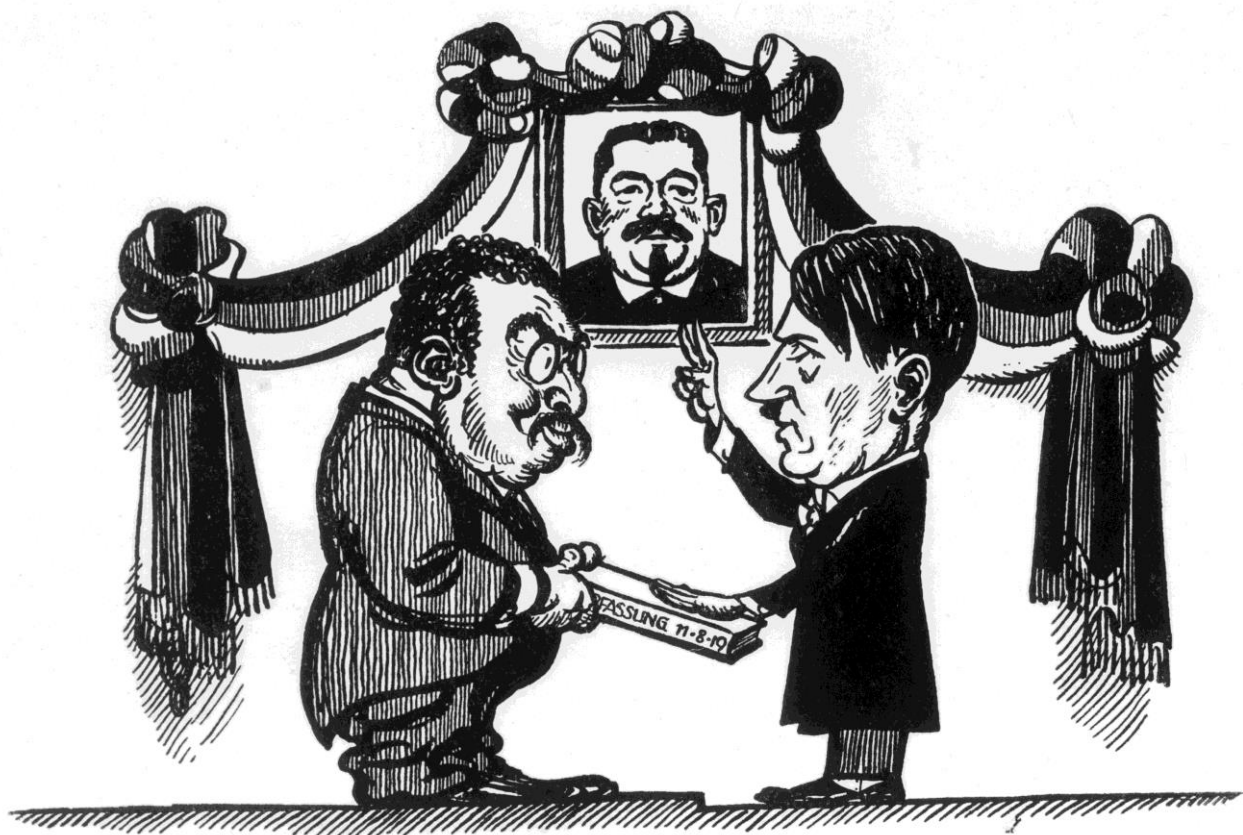
¹ Der Begriff „Bolschewismus“ hat seinen Ursprung bei den „Bolschewiki“. Dies war der radikale Parteiflügel der russischen Sozialdemokraten unter Lenin. Ihr Ziel war eine Revolution, an deren Ende ein kommunistisches System stehen sollte. Lenins Auffassung folgend benötigt die Revolution eine straffe Parteiführung mit Parteifunktionären in den Führungsspitzen aller gesellschaftlichen Bereiche.

² Der Kommunismus ist als eine weltumspannende Ideologie zu verstehen, der von der Arbeiterschicht bzw. den Proletariern getragen wird. Preuß spricht in diesem Zusammenhang von einer „Zwangsherrschaft“, da man am Beispiel Russlands sehen könne, dass die Räte aufgrund des Machtmonopols der kommunistischen Partei keinerlei Einfluss haben.

³ treffend oder auch geistvoll.

5. Visuelle Quellen

M3) Karikatur aus der Zeitschrift „Widerstand“, März 1932



[Quelle: Andreas Paul Weber, „Regierungsrat Hitler schwört auf die Weimarer Verfassung des Dr. Hugo Preuß“, in: Widerstand, März 1932. Bildnachweis: bpk / VG Bild-Kunst, Bonn 2023]

Informationen zur Karikatur:

Die Karikatur thematisiert die Ernennung Adolf Hitlers zum Regierungsrat der Braunschweiger Landesregierung vom 25. Februar 1932. Durch das Bekleiden dieses Postens erlangte Hitler die deutsche Staatsbürgerschaft. Diese war die Voraussetzung, um im gleichen Jahr noch bei den Reichspräsidentenwahlen anzutreten. Hier unterlag Hitler jedoch dem Amtsinhaber Paul von Hindenburg.

6. Digitales Quiz

Testet in einem Kahoot-Wettstreit euer Wissen über Hugo Preuß!

1. Spielt in der Gruppe. Ernennet eine Person zur Spielleiterin oder zum Spielleiter. Diese ruft das Kahoot-Quiz über den Link oder QR-Code auf und moderiert das Spiel.

<https://play.kahoot.it/v2/?quizId=4a896090-8706-4e06-9dff-9208baf43011>



2. Spielt in der Klasse. Ruft das Quiz über den Link oder den QR-Code auf. Die Spiel-PIN erhaltet Ihr von der Lehrkraft, die den Wettstreit anleitet.

<https://kahoot.it/>

